

„Steigerung der Energieeffizienz“ – auf Deutschland wartet das nächste Einspargesetz

Stand: 06:33 Uhr | Lesedauer: 5 Minuten

Von **Michael Fabricius, Tobias Kaiser**

Bis 2030 soll die jährliche CO₂-Ersparnis fast verdreifacht werden. Das sieht ein Gesetzesentwurf von Wirtschaftsminister Robert Habeck vor, mit dem Deutschland in der EU schon einmal vorprescht – und der WELT vorliegt. Für die deutsche Industrie wird das teuer.

Mit einem umfangreichen Katalog neuer Vorschriften will die Bundesregierung Unternehmen, Verbraucher und die öffentliche Hand dazu bringen, Energie einzusparen (</finanzen/verbraucher/article240099811/Energie-sparen-Diese-Produkte-helfen-Ihnen-im-Alltag-bares-Geld-zu-sparen.html>). Dem Entwurf eines „Gesetzes zur Steigerung der Energieeffizienz“ zufolge soll die bisherige jährliche Reduzierung von CO₂-Emissionen bis 2030 fast verdreifacht werden – von heute etwa 15 Millionen auf 36 bis 41 Millionen Tonnen.

Vor allem die Industrie wird sich auf kostspielige Einsparmaßnahmen einstellen müssen. Hier sei „nur ein gewisser Anteil des wirtschaftlich realisierbaren Energieeinsparpotentials umgesetzt“ worden, wie es in dem Entwurf heißt, der WELT vorliegt..

Wird aus dem Entwurf ein Energieeinspargesetz, wäre das der Einstieg in eine Reihe neuer Verordnungen auf Bundes- und Landesebene, die sämtliche Wirtschaftssektoren betreffen. So müssten beispielsweise Unternehmen aufwändige Energieverbrauchskontrollen einführen, Behörden in erneuerbare Energien investieren, die Wohnungswirtschaft müsste Millionen von Gebäuden dämmen oder auf anderem Wege effizienter machen.

Behörden und Institutionen sollen umfangreiche Datensammlungen darüber anlegen, wo welche Energie eingespart wurde. Die Verfasser des Entwurfs aus dem Bundeswirtschaftsministerium rechnen mit jährlichen Kosten von mindestens 982 Millionen Euro für die deutsche Wirtschaft sowie dreistelligen Millionenausgaben für die öffentliche Hand jedes Jahr.

„Um die im Bundes-Klimaschutzgesetz festgelegte Netto-Treibhausgasneutralität im Jahr 2045 noch erreichen zu können, müssen zahlreiche Maßnahmen ergriffen werden“, heißt es in dem Entwurf. Die Bundesregierung bereitet mit dem Gesetzesvorhaben die Umsetzung einer Richtlinie der Europäischen Union vor, die noch gar nicht in Kraft ist.

Der „Green Deal“ aus Brüssel (</regionales/hamburg/plus232561465/Klima-Stefan-Aust-Der-gefaehrliche-Green-Deal-der-EU-Kommission.html>) sieht unter anderem Einsparungen beim Primärenergieverbrauch – beispielsweise von Kohle und Gas – von 36 bis 39 Prozent bis 2030 vor. Die EU-Kommission hatte einen Entwurf der Energie-Effizienz-Richtlinie am 14. Juli des vergangenen Jahres vorgelegt.

Doch die Regelung ist auf EU-Ebene noch gar nicht beschlossen. Dass das Wirtschaftsministerium von Robert Habeck (Grüne) nun vorprescht, kann auch als politisches Signal ans eigene Lager verstanden werden.

FDP und SPD wehren sich

Allerdings spielen die Koalitionspartner nicht mit. In einer Kabinettsitzung am Mittwoch legten das Bauministerium und das Finanzministerium ihr Veto ein, wie WELT aus Regierungskreisen erfuhr. Das FDP-geführte Finanzressort sorgt sich offenkundig um die gewaltigen Kosten, die auf den öffentlichen Sektor zukämen, wenn dieser etwa Verwaltungs- und Schulgebäude in kürzester Zeit auf hohe Effizienzstandards heben müsste. In dem Papier ist von 310 Millionen Euro jährlich die Rede.

In dem von Klara Geywitz (SPD) geführten Bauressort gibt es dem Vernehmen nach Bedenken in Bezug auf einen Abschnitt im Gesetzentwurf, der Sozialwohnungen betrifft. Darin werden die Länder aufgefordert, Verordnungen auf den Weg zu bringen, mit denen jährlich fünf Terawattstunden Endenergie im Gebäudesektor eingespart werden sollen – und zwar ausgerechnet bei „sozial gebundenem Wohnraum“.

Die mühsam in der Koalition erstrittenen gut 14,5 Milliarden Euro für den sozialen Wohnungsbau (<https://www.welt.de/themen/wohnungsbau/>) bis 2026 würden dann zum Teil in energetische Sanierungsmaßnahmen fließen müssen – schließlich können die Träger von Sozialwohnungen die immer höheren Sanierungskosten kaum auf die Miete umlegen. Der Staat, beziehungsweise das Bauministerium, müssten also einspringen.

Vor allem aber ist die deutsche Industrie ins Blickfeld der Regulierer gerückt. „Die bisherigen Klimaschutzmaßnahmen sind in allen Sektoren unzureichend“, heißt es im Vorwort zu dem Entwurf. Im Industriesektor sei die „aktuelle Lücke zum Klimaziel 2030“ mit 37 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten besonders groß.

Die Kritik lautet, dass die Industrie bisher nur solche Energiesparprojekte umgesetzt habe, die „wirtschaftlich realisierbar“ gewesen seien – die sich also auf die ein oder andere Art gerechnet hätten. Die Unternehmen hätten Förderprogramme oder Steuererleichterungen ausgenutzt, heißt es mit kritischem Unterton in dem Papier aus dem Habeck-Ministerium.

„Dies führt in der Regel dazu, dass nur solche Maßnahmen umgesetzt werden, die kurz- und mittelfristig wirtschaftlich sind.“ Künftig wären also Maßnahmen eingefordert, die nicht mehr wirtschaftlich sind – und fast eine Milliarde Euro pro Jahr kosten.

Dem gegenüber entstehe eine Entlastung durch eingesparte Energiekosten in Höhe von rund 40 Millionen Euro pro Jahr. Vor allem umfangreiche „Energieaudit“-Maßnahmen werden eingefordert, also eine ständige Überprüfung und Kontrolle von Energiesparmaßnahmen.

„Bürokratische Auditpflichten“

„Statt wie bisher Energieeinsparungen der Betriebe zu unterstützen, will die Politik zukünftig Unternehmen ein bürokratisches Energiemanagement und Auditpflichten auferlegen“, kritisiert Achim Dercks, stellvertretender Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK).

„Dabei haben gerade freiwillige Effizienzmaßnahmen in der Vergangenheit enorme Erfolge erzielt, wie die Initiative Energieeffizienz- und Klimaschutz-Netzwerke zeigt“, so Dercks. Energieeffizienz solle technologieoffen und unbürokratisch entwickelt werden.

Auch aus dem Mittelstand kommt Kritik. Zusätzliche Milliardenkosten „verbieten sich in der aktuellen Lage im Grunde von allein“, sagt Markus Jerger, Geschäftsführer der Mittelstandsvereinigung BVMW.

„Die Steigerung der Energieeffizienz in den Unternehmen ist natürlich ein wichtiger Baustein, um die Energiekrise zu überwinden, doch weitere Bürokratiekosten können sich die

Betriebe nicht mehr leisten. Will Minister Habeck nicht einen weiteren Sargnagel für den schleichenden Tod der deutschen Wirtschaft liefern, verhindert er das Gesetz in dieser Ausprägung.“

EU-Ambitionen sind noch höher

Auf EU-Ebene indes zieht sich das Verfahren hin. Das Europäische Parlament und die Mitgliedstaaten müssen dem Gesetzesvorschlag der Europäischen Kommission noch zustimmen. Die entsprechenden Verhandlungen zwischen Europäischem Parlament und dem Europäischen Rat, der die Mitgliedstaaten vertritt, haben erst Anfang Oktober begonnen.

Obwohl die Bundesregierung jetzt mit ihrem Gesetz vorprescht, droht sie dennoch, hinter den EU-Zielen zurückzubleiben. Der ursprüngliche Kommissionsvorschlag hatte vorgesehen den EU-weiten Energieverbrauch zwischen 2020 und 2030 um neun Prozent zu senken.

Ein im Mai vorgestellter Energie-Notfallplan sieht nun vor, dass 13 Prozent gegenüber 2020 eingespart werden sollen. Dem Parlament genügte auch das nicht: In einer Abstimmung Mitte September legte man sich auf ein Ziel von 14,5 Prozent fest. Die Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten, die Anfang Oktober begonnen haben, werden hart. Denn die nationalen Hauptstädte wollen weiterhin nur neun Prozent einsparen.

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/241679455>